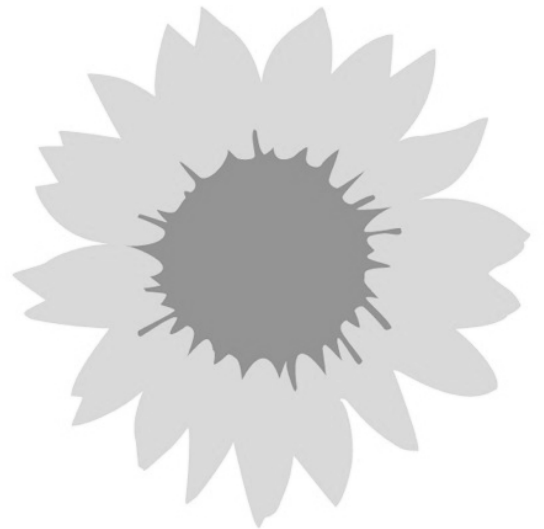


# Es griene Blädsche



Nr. 270

Dez. 2012

e-Mail: [kv@gruene-dadi.de](mailto:kv@gruene-dadi.de)  
Internet: <http://www.gruene-dadi.de>



Roßdorf/Gundernhausen  
und  
KV Darmstadt-Dieburg

laden ein zum

## NEUJAHRSTREFF 2013

Am Sonntag, den 20. Januar  
ab 11 Uhr  
im Alten Bahnhof, Rossdorf  
mit Musik von „wild flowers“  
Kabarett von Gundula Schneidewind  
& Politik mit  
Kordula Schulz-Asche, Landtag  
Daniela Wagner, Bundestag  
Christian Flöter, Kreisverband

Bei einem Glas Sekt, Saft oder Selters oder einer Tasse Kaffee und einer Brezel bietet sich die Gelegenheit zum kennenlernen der GRÜNEN VertreterInnen aus Roßdorf und dem Landkreis.

Anschrift: Im Alten Bahnhof, Holzgasse 7, 64319 Roßdorf

Der Kreisvorstand wünscht allen Mitgliedern und FreundInnen ein friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2013.



## Protokoll zur KMV am 14.11.2012 in Nieder-Ramstadt

**Top 1:** Sitzungsleitung Christian, Protokoll Susanne Christian begrüßt Kordula Schulz-Asche, hess. Landesvorsitzende, sowie die Referenten Dieter Strebel von der OREG und Thomas Fiedler, Kommunal- und Politikberater

### **Top 2: Ausbau des Breitbandnetzes im Landkreis**

Christian gibt eine kurze Einführung. 21 Gemeinden sind aufgefordert bis Ende des Jahres die Gründungsbeschlüsse zum Beitritt eines Zweckverbandes NGA – Netz DaDi zu fassen. Es ist ein enormer Zeitdruck dadurch entstanden, obwohl noch viele Fragen offen sind. Die grünen Fraktionen sind daher aufgefordert worden, ihre Fragen vorab zu formulieren und Herrn Strebel zur Vorbereitung der KMV zur Verfügung zu stellen. Herr Strebel von der OREG stellt Teile der Machbarkeitsstudie vor, um die Bedenken auszuräumen. Er stellt fest, dass alle Fragen in der Machbarkeitsstudie bereits beantwortet sind. Er erläutert die Zukunft des Internets, die Versorgungslage, die Auswirkung auf Immobilienpreise, die Standortnachteile für Gewerbetreibende usw. Auf die Umfrage gab es 6.000 Antworten, d.h. 2-3 % Rücklauf, dabei wurde mehrheitlich ein Mehrbedarf gewünscht. Es wird mit einer 100 % Steigerung der Datenmenge pro Jahr gerechnet. Es bestehen erhebliche Unterschiede beim Down- und Upload. Warum baut die Telecom oder andere Anbieter nicht aus? In einer AG muss der Rücklauf der Dividende in 2-4 Jahren gesichert sein, daher besteht kein Interesse. Es wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert wie Satellitenfunk, dies sei keine Alternative. Dann wurde noch die technische Seite erklärt, also der Ausbau bis ins Haus. Erläutert wurde die Trassenlänge und Verteilung unter den Gemeinden. Diskutiert wurde der Unterschied zwischen der Landesbürgerschaft (muss innerhalb 15 Jahre getilgt werden) und der Finanzierung über den Zweckverband über 17 Jahre. Kommunale Kredite sind günstig. In den ersten 3 Jahren gibt es keine Einnahmen, nach 20 Jahren sei das Netz bezahlt. Wer betreibt das Netz? Dies erfolgt durch Ausschreibung. Nach marktüblichen Preisen bekäme der Zweckverband 7-8 € pro Anschluss. Es wird kritisiert, dass die Kommunen das Risiko tragen und die Betreiber die Gewinne einstreichen. Herr Strebel erklärt, dies bestände ein Risiko für beide Teile. Es wird nach Kundenzahlen gefragt und verschiedene Szenarien vorgestellt. Wer wechselt? Es müssen mind. 40 % der Haushalte zum Abschluss eines Vertrages überzeugt werden.

Thomas Fiedler erläutert, warum die Organisations-

form Zweckverband gewählt wurde. Der Zweckverband ist in der Lage sich öffentlich-rechtlich zu finanzieren und zinsgünstige Kommunalkredite zu bekommen. Er unterliegt nicht dem Insolvenzrecht und die Kommunen hätten eine direkte Einflussnahme. Kritisch wurde gesehen, dass bei einer negativen Entwicklung eine Umlage durch die Kommunen gezahlt werden muss. Eine GmbH sei eine private Rechtsform, die Kommunen sind nicht kreditfähig und benötigen eine Bürgschaft. Es wurde heftig kritisiert, dass der Zweckverband durch die lange Bindungsfrist (20 Jahre) ein hohes Risiko eingehen und es keine Haftungsbegrenzung oder die Möglichkeit zum Ausstieg durch Kündigung gibt. Eine Umlage zu zahlen, sei eine politische Entscheidung. Wie wurden die Kommunen im Vorfeld zur Entscheidung zwischen GmbH und Zweckverband eingebunden? Scheinbar gar nicht. Die Satzungsausgestaltung ist schwach und bedarf der Verbesserung. Es wurde festgestellt, dass es sich hier um eine PPP handelt, was aber auf den ersten Blick nicht sichtbar ist. Es wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass die GmbH die bessere Lösung sei, da die Haftung begrenzt werden kann. Ebenso wurde kritisch hinterfragt, wie sich die Beteiligung auf die kommunalen HH auswirkt. Die Diskussion war spannend, aber viele Bedenken konnten nicht ausgeräumt werden.

### **Top 3: Bundestagswahl – Landtagswahl**

Kordula erklärte, dass sie nicht mehr für den Landtag kandidieren wird sondern für den Bundestag und warb um Unterstützung. Christian stellt die Termine der Bundestags- und Landtagswahl und die bisher bekannten Kandidatinnen vor.

### **Top 4: BDK 2012 in Hannover**

Iris stellt die Leitanträge kurz vor. Zum Thema Außenpolitik soll ein grünes Bekenntnis für die Schutzverantwortung, Souveränität und für die Menschenrechte abgegeben werden. Auch das eigene Handeln muss in Frage gestellt werden (Rüstungsexporte, UN Stärkung, Abrüsten), es muss mehr Transparenz geben und das Veto im Sicherheitsrat sollte abgeschafft werden. Zum Thema Sozialpolitik fallen die Stichworte Teilhabe und echte Chancen für alle, Mindestlohn, Gleichstellungsgesetz, Bildung, Bürgerversicherung, med. Versorgung im ländlichen Raum, Grundsicherung, Spitzensteuersatz, Erbschaftssteuer. Bei den allgemeinen Anträgen wurde die Beiträge zum Thema Beschneidung genannt. Da das Thema sehr speziell ist

wurde nicht weiter darüber diskutiert.

**Top 5: Berichte** aus der Kreistagsfraktion und den Ortsverbänden entfällt.

#### **Top 4: Verschiedenes**

Hans Herr weist auf die Initiative des ADFC hin einen Test für Fahrradfreundlichkeit in den Kommunen online zu beantworten und bittet um Teilnahme. Mehr Infos dazu gibt es unter <http://www.adfc.de/fahrradklima-test/adfc-startet-fahrradklima-test-2012/zwischenstand-adfc-fahrradklima-test-2012>

#### **Termine und KandidatInnen**

- **BT-Wahl** WK 186, Daniela Wagner gewählt am 10.10.12
- WK 187 Odenwald, Bewerbung von Felix Möller
- Termin wird noch festgelegt
- 20.04.2013 Aufstellung der BT-Wahlliste
- 26.-28..04.2013 Beschluss des BT-Wahlprogramm

#### **Landtagswahl 2013**

- Bisherige Bewerbungen:
- WK 50: Robert Ahrnt, Yücel Akdeniz
- WK 51: Christian Grunwald
- WK 52: Iris Schimpf-Reeg
- Die Wahltermine werden euch rechtzeitig bekanntgegeben
- 25.05.2013 Aufstellung der Landtagswahlliste
- 24.08.2013 Beschluss des LT-Wahlprogramms
- Weitere Bewerbungen sind möglich und erwünscht.

#### **BDK Hannover 16.11. – 18.11.2012**

Optimistisch, kämpferisch und Lust auf Wahlkampf – so könnte die Stimmung der letzten BDK in Hannover zusammen gefasst werden. Die Landtagswahl in Niedersachsen wirft bereits ihre Schatte voraus und natürlich ist die Bundestagswahl im nächsten Jahr das alles beherrschende Thema. Kathrin Göring-Eckhardt und Jürgen Trittin schworen die Delegierten auch dementsprechend ein – donnernder Applaus war ihnen sicher.

Nach einer Workshop-Phase am Freitagmittag schloss sich der Block Außenpolitik an. Hier wurde vor allem darum debattiert, wie der Schutz der Menschenrechte und eine pazifistisch geprägte Politik zusammengebracht werden können. Um es kurz zu sagen – es bleibt ein Dilemma.

Der Samstag wurde durch den großen Block der Sozialpolitik geprägt. Hier lag ein Antrag des Vorstandes vor, dem trotz verschiedener Änderungsanträge zugestimmt wurde. Die wesentlichen Punkte sind die Erhöhung der Harz 4 Leistung, Einführung eines Min-

destlohnes und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Der Nachmittag stand dann ganz im Zeichen der Wahlen des Parteivorstandes und Parteirates.

Nach mehreren Tagen Trauerarbeit kehrte Claudia kämpferisch zurück und wurde mit 88% belohnt. Den langen Applaus hatte sie sich verdient und sie genoss ihn sichtlich. Für den Vorstand wurden außerdem Cem Özdemir, Steffi Lemke, Astrid Rothe-Beinlich und Malte Spitz gewählt. Tarek Al-Wasir wurde für den Parteirat gewählt.

Bis spät in den Abend wurden die, am Tag zuvor bei einem Ranking festgelegten, V-Anträge behandelt. Besonders die Beschneidungsdebatte schien sich zu einer massiven Kontroverse zu entwickeln, was in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit Befürchtungen aufkommen ließ. Die Debatte fand schließlich statt, jedoch ohne Votum. Die Komplexität des Themas wurde deutlich und darum soll in den BAGs weiter diskutiert werden. Die meisten Delegierten nahmen es mit Erleichterung auf, denn auch die eigene Entscheidung wäre wahnsinnig schwer geworden, gute Argumente gab es auf beiden Seiten.

Europapolitik und Europakrise waren die Themen des Sonntags. Hier gilt es besonders den Gastbeitrag von Ulrike Guérot (European Council on Foreign Relations) hervorzuheben. Sie hielt eine super gute Rede für Europa. Es gelang ihr, bei Feststellung aller Probleme und Schwierigkeiten, doch ein leidenschaftliches Plädoyer für Europa zu halten. Sie sieht die Zukunft Europas in noch engerer Zusammenarbeit, hin zu einer wirklichen politischen Union. Erkennt aber auch, dass „wir uns auf dünnem Eis bewegen“ und sieht in den nationalen Tendenzen der letzten Monate die Gefahr, dass Projekt Europa als Ganzes aufs Spiel zu setzen. Frau Guérot unterstützt den Leitantrag voll und ganz. Sie fordert als nächste Schritte eine Parlamentarisierung Europas mit einer zweiten Kammer statt einer intransparenten Kommission – souveräne europäische Bürger müssen das letzte Wort haben. Wirtschaftlich sieht sie ein starkes Europa mit schwächeren Anteilen im Süden – dies muss und kann aber hingenommen werden.

Zum Abschluss sprach Kiko Hasagewa. Sie ist die Vorsitzende der neugegründeten Grünen Partei Japans und berichtete über die Schwierigkeiten die sie zu überwinden haben und die nach wie vor verlogenen (Nicht)Aufklärungspolitik der japanischen Regierung. Es waren spannende Tage in Hannover – das kommende Jahr warf seine Schatten weit voraus. Die erste Etappe wird am 20.1.2013 Niedersachsen sein. Da drücken wir doch mal ganz fest die Daumen. Eure Iris Schimpf-Reeg.

## ARBEIT. GESCHLECHT. GERECHT. –

Unter diesem Motto stand die diesjährige Frauenkonferenz, die vom 15. – 16. September 2012 in Leipzig stattfand.

Ca. 80 Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland diskutierten in diversen Workshops zum Thema Frauen und Arbeitswelt.

Im Auftaktpanel diskutierten Renate Künast, Prof. Dr. Martina Stangel-Meseke (Verband deutscher Unternehmerinnen) und Stefanie Nutzenberger (aus dem Bundesvorstand von Ver.di) die bestehenden Strukturen der Arbeitswelt, die noch immer die gleiche Teilhabe am Arbeitsmarkt erschweren. Im Wesentlichen ist das die Entscheidung, sich teilweise aus der Arbeitswelt zurückzuziehen wenn Kinder kommen, die vor allem von Frauen getroffen werden (müssen), oft ohne absehen zu können, was das für die weitere Arbeitsbiographie bedeutet. Besonders wenn zuvor die Entscheidung für einen „typischen“ Frauenberuf getroffen wurde, sitzt Frau in der Falle, denn das Einkommen ist oft so gering, dass sich eine Kinderbetreuung nicht rechnet. Teilzeit, Minijob(s) und kleine Rente sind strukturell geschaffene Folgen dieser Entscheidung.

Auch in den folgenden Workshops konnte natürlich kein Königsweg gefunden werden. Mehrere Forderungen können aber daraus abgeleitet werden. Angefangen bei der finanziellen Aufwertung klassischer Frauenberufe, über ausreichende, bezahlbare und qualitativ hochwertige Kitas und natürlich den Ausbau von Ganztagschulen. Daneben gilt es aber auch die Partner in die Pflicht zu nehmen. Erziehungsarbeit ist nicht nur Frauensache. Es müssen starke Signale an die Arbeitgeber gehen, dass Kindererziehung eine Aufgabe für Männer und Frauen ist, die nicht dazu führen darf, dass wenige Jahre Teilzeit das Ende der beruflichen Entwicklung bedeuten.

Der zweite Schwerpunkt lag auf der unterschiedlichen Entwicklung von Frauen in Ost und West. Während im Westen in den 50er Jahren das ErnährermodeLL wieder zur vollen Blüte kam, wurden in der DDR die Frauen in den Arbeitsmarkt integriert. Im Verlauf weniger Jahrzehnte hat sich ein anderes Selbstverständnis von Arbeit entwickelt, das heute noch fortwirkt. Besonders was die Unterbringung von Kindern, auch von sehr kleinen Kindern, angeht, triffen noch heute die Meinungen auseinander. So finden 26% der westdeutschen Frauen, aber nur 9% der ostdeutschen Frauen es schädlich, ihr Kind schon früh

in eine Einrichtung zu geben. Bei den Männern sieht es folgendermaßen aus: 45% der westdeutschen Männer finden es schädlich, im Unterschied zu 20% der ostdeutschen Männer.

Frauen im Osten sind nach wie vor stärker daran interessiert ihre eigene Existenz selbständig zu sichern. Wobei auch hier eine Retraditionalisierung eingesetzt hat, die auch mit den Erfahrungen aus der DDR begründet werden kann. Weder die Berufswahl noch die Dauer der Arbeit waren immer freiwillig. Die meisten Frauen leisteten neben ihrer Erwerbsarbeit auch noch die Erziehungs- und Hausarbeit alleine. Da waren Ost- und Westdeutsche nicht wirklich weit auseinander.

Diese Frauenkonferenz hat mir in guter und arbeitsintensiver Atmosphäre nicht nur viele neue Erkenntnisse gebracht, sondern auch neue Kontakte ermöglicht und mich darin bestärkt, Frauenpolitik weiterhin zu meiner Herzensangelegenheit zu machen und mich auch im Kreis dafür einzusetzen.

Herzliche Grüße

*Iris Schimpf-Reeg*



### Grüne Bildung 1. Halbjahr 2013

Unter diesem Titel haben wir unser Fortbildungsprogramm für das 1. Halbjahr 2013 als Flyer auf der Landesmitgliederversammlung am 10.11.2012 präsentiert. Wir wollen euch frühzeitig unser Fortbildungsprogramm präsentieren, das im Bundes- und Landtagswahljahr einen eindeutigen Schwerpunkt auf den Bereich Rhetorik in all seine Facetten legt.

Das Programm könnt ihr bei uns Bestellen (Email an [gak\(at\)gruene-hessen.de](mailto:gak(at)gruene-hessen.de))




## VERMÖGENSSTEUER

Da gibt es nichts falsch zu deuten, die Schere zwischen Reichen und Armen wird immer größer. Armutsberichte, Kinderarmut, sinkende Reallöhne und der Billiglohnsektor zeugen davon. Auf der anderen Seite immer mehr Reichtum. Zehn Prozent der Bevölkerung besitzt über fünfzig Prozent des Gesamtvermögens. Tendenz steigend. Trotz Krise steigen die Gehälter der Banker, treiben Spekulationen Preise und Einkommen der Manager höher.

Aber auf der anderen Seite müssen auch der Staat, die Länder und Kommunen sparen und häufen Schulden an. Die Kommunen schließen Bäder und Büchereien, entlassen Personal oder greifen auch auf Billiglohnfirmen zurück. Das Land Hessen stellt einen Rettungsschutzschirm für hoch verschuldeten Kommunen zur Verfügung, die damit ihre Selbstverwaltungsrechte faktisch abgeben müssen. Die Städte und Gemeinden können auch nicht weiter ihre Gebühren erhöhen. Dazu kommen steigende Mieten, Mietnebenkosten, Energiepreise etc.

Damit die Kommunen ihre Schulden abbauen können, das Kinderkrippen und Kitas finanziert werden können, damit Bildung und Gesundheitsvorsorge bezahlt werden kann, müssen die Einnahmen erhöht werden, muss der Staat seine Einnahmeseite stärken. Deshalb ist es notwendig die Vermögenssteuer wieder einzuführen, deshalb ist es notwendig den Spitzensteuersatz von 42 auf 49 Prozent wieder anzuheben und eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Wenn selbst Millionäre oder gar Milliardäre fordern, dass sie höher besteuert werden und bekennen, dass es eine Schieflage gibt, dann sollte der Bund und die Länder das tun. Es geht nicht, das wir in den Kommunen nur noch den Mangel verwalten, neue Gebühren erfinden und mit Bange auf die nächsten Steuereinnahmen schauen.

Unterstützt unsere Forderung nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Schautet im Internet unter [www.vermoegensteuerjetzt.de](http://www.vermoegensteuerjetzt.de) unterschreibt den Appell an die Bundesregierung.

*Ernst Ludwig Becker*

**Vermögen  
steuer  
jetzt!**

## Junge Familien entlasten – Chancengleichheit für alle Kinder – Gerechtigkeit für Eltern

Steigende Energiepreise, ob konventionell oder regenerativ, ob gerecht und fair oder nicht, werden zunehmend die Finanzlage der Familien beeinflussen. Höhere Mieten und Mietnebenkosten, höhere Transportkosten, Produktkosten etc. kommen dann zu erhöhten Grundsteuern und Kommunalgebühren und Beiträgen, wie sie durch die Finanznot der Kommunen erhoben wurden oder werden. Natürlich muss diese ungerechte Handhabe, die Finanzierung der Energiewende wieder durch höhere Strompreise dem einfachen Bürgern auf zu lasten, ein Ende haben ( das dann die Preise wieder sinken, wenn die Investitionen getätigt sind, muss man ein Auge haben), aber realitätsweise für die nächste Landtagswahl wird die Menschen mehr interessieren, dass das Geld im Portemonnaie stimmt. Wie könnte man die Familien denn besser entlasten, als durch Übernahme der Kindergartenbeiträge? Und wenn es nur für die Kernzeit, für einige Stunden am Morgen wäre?

In Hessen ist das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei und wird durch das BAMBINI Programm der Hessischen Landesregierung finanziert. Dabei ist festzustellen, dass in diesem Zeitraum mehr Kinder angemeldet werden. Ist es dann nicht logisch, wenn wir allen Kindern eine frühe Förderung zukommen lassen wollen, die Elternbeiträge schon ab dem ersten Kindergartenjahr frei zu stellen? Nur Beitragsfreiheit bedeutet auch Wahlfreiheit und damit Chancengleichheit für alle Kinder. Nur Beitragsfreiheit gibt allen Eltern auch die Chancengerechtigkeit im Blick auf die eigene Lebensplanung und Lebensperspektive. Beitragsfreiheit bedeutet auch Gerechtigkeit für alle Eltern in den verschiedenen Kommunen, die zum Teil erhebliche Unterschiede in der Höhe der Gebühren hinnehmen müssen.

Das BAMBINI Programm kostet das Land zur Zeit ca. 70 Millionen Euro, das heißt mit etwas mehr als 200 Millionen Euro könnten alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern einen Kindergarten besuchen. Die zusätzlichen finanziellen Mittel können durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine Vermögenssteuer bereit gestellt werden, womit auch eine Beitragsfreiheit für Besserverdienende gerechtfertigt wäre. Wenn Bund und Land ( die mehr und bessere Kindergärten fordern, Konnexitätsprinzip ) etwas mehr als die Elternbeiträge übernehmen, wären auch die Kommunen entlastet und hätten höhere Planungssicherheit. Zusätzlich werden die Gelder, die



den jungen Familien dann zur Verfügung stehen, für Investitionen in der Wirtschaft und damit zu höheren Steuereinnahmen führen. Eine Subvention, die auch mal Sinn macht.

Gegenzurechnen sind all die Gelder, die schon jetzt von Jugendämtern oder Sozialämtern gezahlt werden, als auch die Folgekosten, die entstehen, wenn Kinder nicht frühzeitig gefördert werden – und die sind erheblich.

*Ernst Ludwig Becker*

## Terminhinweis

Wir, der GRÜNE FRAUEN AK wollen euch am

**Donnerstag, den 24.01.2013 um 20.00 Uhr  
Im GRÜNEN TREFF in Griesheim**

zum Thema Lohnungleichheit den Film „We want Sex“ zeigen und mit euch darüber diskutieren, was gute Arbeit für euch ist und wie eine gerechte Bezahlung aussieht.

Hier bist Du entscheidend! Grüne Politik mitbestimmen

Demokratie lebt davon, dass Menschen sich einmischen und mitmachen. Für uns gehört das seit der Parteigründung zum wichtigsten Prinzip – anfangs belächelt für ihre debattenfreudigen Mitglieder, heute darum beneidet. Wir sind die einzige Partei, deren Mitglieder das Spitzenduo zur Bundestagswahl per Urwahl basisdemokratisch bestimmt haben. Mit dem Mitgliederentscheid gehen wir noch weiter: Am 8. und 9. Juni 2013 entscheidet Ihr über die zehn politischen Projekte, die ins Zentrum des grünen Bundestagswahlkampfes gerückt werden. Diese Projekte ergeben sich aus dem Wahlprogramm, das der Bundestag im April 2013 beschließt. Der Mitgliederentscheid ist mehr als eine Abstimmung: Er ist Höhepunkt einer leidenschaftlichen Programmdebatte, in der wir auf Themenabenden in den Kreisverbänden und in regionalen Programmforen miteinander, aber auch mit Fachleuten und gesellschaftlichen Gruppen, über Lösungen für die großen politischen Herausforderungen diskutieren. Wir machen Demokratie lebendig und grüne Politik stark. Mit den von Euch zu bestimmenden zehn Schwerpunktthemen wollen wir einen mitreißenden Wahlkampf gestalten – und bei der Bundestagswahl so stark werden wie nie zuvor. Die Regierung Merkel muss abgelöst werden!

### **Mitbestimmung teilen - Mitglieder werben!**

So wie die Urwahl ist der Mitgliederentscheid gelebte Basisdemokratie und Beteiligung mit Relevanz. Allein wegen der Urwahl sind über 400 Neumitglieder eingetreten, bald werden wir die 60.000 erreicht haben. Lasst uns diesen Schwung und die Begeisterung für Basisdemokratie nutzen, um noch mehr Menschen von unserer Partei zu überzeugen. Denn die meisten Menschen treten in eine Partei ein, weil sie die inhaltliche Ausrichtung beeinflussen und Personalentscheidungen mitbestimmen wollen – das zeigen Studien. Genau das ist bei uns Grünen möglich!

### **Um neue Mitglieder zu gewinnen, brauchen wir Dich!**

Nutze den Mitgliederentscheid als Argument, um andere Menschen von unserer Partei und grüner Politik zu überzeugen. Unser Ziel: Jedes Mitglied wirbt ein Mitglied. Ab jetzt bis zum Mitgliederentscheid.

#### **Wo?**

In deinem Umfeld: Sprich in der Familie, im Freundeskreis, auf der Arbeit oder in der Bürgerinitiative über grüne Politik und den Mitgliederentscheid.

#### **Wie?**

- Mit den Materialien der Bundesgeschäftsstelle und Deines Kreisverbandes.
  - Rege in Deinem Orts- oder Kreisverband Informationsabende, Kultur- oder Naturausflüge an, damit potenzielle Neumitglieder die Grünen kennenlernen können.
- Bring eine/n Freund/in mit zu einer Veranstaltung Deines Orts- oder Kreisverbandes.

#### **Wieso?**

Mach Dein Thema größer. Unterstütze Deine Bewegung. Hilf uns, auch bei den Mitgliederzahlen die drittstärkste Partei zu werden.

#### **Noch Fragen?**

Fragen zum Mitgliederentscheid kannst Du hier loswerden:

[mitgliederentscheid@gruene.de](mailto:mitgliederentscheid@gruene.de), Infos unter: <http://www.gruene.de/partei/hier-bist-du-entscheidend.html>



### **Redaktion:**

**Bündnis 90 / Die Grünen Kreisverband Darmstadt-Dieburg**

Darmstädter Str. 1 64397 Modautal (Ernstthofen)

**Tel. 06167-913 579**

**Email: kv@gruene-dadi.de**

### **Spenden und Beiträge an:**

Sparkasse Dieburg Konto 110 111 705 BLZ 508 526 51 oder

Postbank Frankfurt Konto 316 429 606 BLZ 500 100 60